

„Berliner Tageblatt“  
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgen-Ausgabe ausgegeben wird. Man abonniert außerhalb Berlins bei allen Postämtern des deutschen Reichs, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Frankreichs und der Niederlande (König), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donauländer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur durch man bei der Haupt-Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition, Unter den Eichen 49/50; beim Herrn Böttcher, Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Brunnengasse 41, Wils-Druck 128, Unter den Eichen 16, Große Poststraße 106; ferner bei allen Buchhändlern und den Zeitungsbesitzern Berlins und der Provinz.  
Haupt-Redakteur: Arthur Schönlank in Berlin.



Abonnements-Preis  
auf das „Berliner Tageblatt“ mit „Handels-Beilage“, sowie dem illustrierten Beiblatt „ULLE“, der feinsten Wollwoll-Beilage „Zeitschrift“, der „Zeitschrift des Handels“, des Sonntagsblattes „Deutsche Reichs-Anzeiger“ und den „Beilagen über Landwirtschaft, Gartenbau und Gärtnerei“ durch die Post bezogen werden, jährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland extra. Postnachschlag; bei direkter Zahlung unter Rechnung 14 Mark, bei Einzahlung (für Berlin) in täglich zweimaliger Zahlung (bittet, jährlich 6 Mark, monatlich 2 Mark) — In Paris: 3 Mark 50 Pf. (General-Agenten: 80 Pf.) werden in der Expedition (Unter den Eichen 49/50, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Brunnengasse 41, Wils-Druck 128, Unter den Eichen 16, Große Poststraße 106) angenommen.  
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt.

Nummer 170.

Berlin, Sonntag, den 3. April 1898.

XXVII. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

von Arthur Levysohn.

Noch ehe deutscher Reichstag und preussischer Landtag in die Osterferien gingen, empfing Admiral Tirpitz die kaiserliche Anweisung für das Geschick, mit dem er die Flottenvorlage glücklich in den Hafen bugsiert hatte. Seine Ernennung zum Mitgliede des preussischen Staatsministeriums, dem er nun unter denselben Voraussetzungen wie Herr v. Bülow und Graf Noldebohm angehört, wurde allgemein als eine Belohnung ersten Ranges aufgefaßt. Im agrarischen Lager sah man einigemmaßen ängstlich auf diese Ernennung eines Staatsmannes, dem man eine Art von „Sprachengleichung“ glaubte vorwerfen zu dürfen, weil er in einer seiner letzten parlamentarischen Reden sich der Wahrheit nicht verschlossen hatte, daß das deutsche Reich in starkem Maße auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen angewiesen ist. Man erblickt also in der Berufung des Staatssekretärs Tirpitz eine Verstärkung jenes Fittigels im preussischen Ministerium, der sich noch nicht auf Gnade und Ungnade den agrarischen Forderungen ergeben hat.

Es bleibe dahingestellt, wie weit in Wirklichkeit der neue preussische Minister gewillt sein mag, durch jene Bestimmungen im Ministerium die Beförderung der agrarischen Politiker zu rechtfertigen. Immerhin steht in diesem Punkte die Beförderung des Herrn Tirpitz nicht im Widerspruch mit der eben erfolgten Berufung des sonst streng konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Buchta zum Leiter des Kolonialamtes im Staatssekretariat des Kaiserlichen Hofes. Denn dieser merkwürdige Volksvertreter gehörte zu denjenigen konservativen, die sich mit dem famosen Antrag Ranke nicht zu bekümmern vermochten. Ob sich daher die Hoffnung, mit der man in Regierungskreisen seine Berufung begleitete, er werde durch seine parlamentarische Vergangenheit im Stande sein, eine intimere Verbindung zwischen der Reichstagsmehrheit und den kolonialen Bestrebungen der Reichsregierung herzustellen, ob sich diese Hoffnung erfüllen werde, erscheint danach einigemmaßen zweifelhaft. Dennoch kann man es vom Standpunkt der Werthschätzung, deren sich die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes an den maßgebenden Stellen erfreut, nicht ohne Genugthuung begreifen, daß dieser Direktionsposten des Auswärtigen Amtes durch ein Mitglied des Reichstages besetzt worden ist. Es kam Herrn Dr. v. Buchta dabei zu Statten, daß unter den Bewerbern für dieses Amt sich Niemand befand, dessen Name von vornherein sich den Nennenden aufgedrängt hätte. Welche Gründe sonst für Herrn v. Bülow maßgebend gewesen sein mögen, das konservative Reichstagsmitglied für Posten beim Reichsanstalt für den Posten des Direktors im Kolonialamt in Vorschlag zu bringen, entzieht sich der Kenntnis weiterer Kreise. Denn man kann unmöglich die offizielle Aenderung ernst nehmen, daß Dr. v. Buchta als Vertreter der Seefahrt Posten in der Lage gewesen sei, sich mit den kolonialen Bedürfnissen des Reiches besonders vertraut zu machen.

Unsere Pachtung und Anweisung in China gehört, wie man weiß, nicht in den Bereich der deutschen Kolonien, wie denn überhaupt die ostasiatischen Angelegenheiten mehr in das Gebiet der hohen Politik fallen. Staatssekretär v. Bülow, dem toeben durch die „Hamburger Nachrichten“ vom Schloßherrn von Friedriehshaus ein Zeugnis des Fleißes und Wohlverhaltens ausgefertigt wurde, hat China gegenüber mit ungleichem Geschick operiert. Die deutsche Niederlassung in Kiautschow ist schnell den schwebenden Problemen der internationalen Politik entrückt worden. Die deutsche Flagge, die auf dem gepacktem Territorium weht, hat die Eigenschaften verloren, auf andere feindselige Nationen aufzuzucken zu wirken. Diese Verhinderung konnte namentlich in England konstatiert werden. Dafür freilich hat der englische Seehauswismus sich in erhöhtem Grade gegen Aufstand gewandt, das mit Glück den Suvren gefolgt ist, die Herrn v. Bülow's Politik auf diesem Boden hinterlassen hat.

Die russische Pachtung der Häfen von Port Arthur und Talienwan bringt den ganzen Norden des himmlischen Reiches in eine ungewöhnliche Abhängigkeit von der zarischen Politik, und von diesem Gesichtspunkte aus ist der Woll sehr wohl zu begreifen, den man in patriotischen englischen Herzen emporloren sieht. Allerdings waagte sich diese Stimmung und Verfassung nur in der Londoner Presse und in einzelnen politischen Versammlungen aus Tageslicht, während die regierenden Kreise sich mit großer Gelassenheit sehr wohl hätten, einen Injunktum zu vertragen, dessen Fundamente die herrschende Partei weiter zu fügen vermochte, als ihr lieb sein könnte. Um so unerquicklicher muß den objektiven Beobachter dieser Vorgänge das offenbare Mißverhältnis berühren, das in den hochschwebenden und friegerischen Worten der englischen Presse und dem besonnenen Geschehenlassen der britischen Regierung zu Tage tritt. Die tribale Wahrheit, daß bellende Hunde nicht beißen, hat sich im Verlauf der letzten Jahre so oft an der englischen Politik bewährt, daß sich daraus nachgerade eine allgemeine Erwartung des britischen Weltreiches bei den anderen Nationen entwickelt hat, und daß die Bodomontanen der Londoner Jingoblätter kaum noch von Jemand ernst genommen werden.

Das gilt vor allem von Frankreich, das namentlich in Afrika, umbeirrt durch die englischen Einwände, seinen Weg ruhig verfolgte und in keiner Weise sich genötigt fühlte, britischen Einwänden Rechnung zu tragen. Herr Hanotaux, das neue Mitglied der vierzig Pariser „Musterlöcher“, gab in einer

seiner jüngsten Kammerreden dies zwischen den Zeilen deutlich genug zu verstehen. Er ist im Uebrigen fast das einzige Mitglied des Kabinetts Meline, das von den Anhängern der einander maasshaltig bestehenden Parteien wenigstens einigemmaßen verachtet bleibt. Dennoch waren bisher alle Verhinde, das Ministerium noch vor den bevorstehenden Neuwahlen in Falle zu bringen, durchaus vergeblich. Papa Meline, wie man den Ministerpräsidenten halb patriardalisch, halb despektisch zu nennen liebt, hat alle Ausichten, die „Wahlen zu machen“, und was das für Völker romanischer Zunge bedeutet, davon haben wir in Preußen in der Vera Pittkammer einen leisen Vorgeschmack gehabt. Wer dort den lausenden Wehstuf der Wahrheit dirigiert, kann fast immer auf eine ergebnisse Majorität der Volksvertretung rechnen. Allerdings wird für die Dauer dieser Ergebenheit Niemand eine Verhängnis übernehmen wollen.

Exempl hat in Italien in tiefen Betracht feinerzeit sehr schmerzliche Erfahrungen machen können, und wer weiß, welche Erlebnisse dem spanischen Ministerpräsidenten, Sagasta, aber kurz oder lang bevorstehen, der soeben mit Ach und Krach bei den Neuwahlen eine bedeutende Regierungsmajorität zu sichern verstand. Allerdings befindet sich die überdies kalifornische Zeit in einer durchaus nicht normalen Lage. Der Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika wegen der Insel Kuba nimmt immer akutere Formen an, und es geht schon eine gehörige Portion von Optimismus dazu, um nicht an der Möglichkeit der Friedenserhaltung völlig zu verzweifeln.

Die Verhandlungen zwischen Madrid und Washington, die eigentlich nur wegen der Ursache jener Katastrophe geführt wurden, von der der amerikanische Kreuzer „Maine“ im Hafen von Havana errettet worden ist, haben unglücklich sich auf ganz andere Gegenstände ausgedehnt. Mit einer souveränen Beiseitsetzung der sonst im internationalen Verkehr der Nationen üblichen Formen haben die Yankees eine Reihe von Forderungen an die Spanier gestellt, die ganz darauf angelegt waren, den kastilianischen Stolz zum Ueberfließen zu bringen. Man verlangt Zugeständnisse von den Spaniern, die sich ein selbstbewußtes, unabhängiges Volk nicht ohne zuvor erhaltene billige Demüthigungen abringen läßt. Die Vereinigten Staaten vertreten gewissermaßen die Zurückziehung der spanischen Truppen von Kuba, sie schreiben zu erlassende Amnestien vor, sie wünschen, die Unabhängigkeit der Insel hergestellt zu sehen, mit einem Wort, sie treten auf, als hätten sie die Spanier schon in einem Duzend See- oder Feldschlachten auf Haupt geschlagen.

Daß man sich dergleichen in Madrid nicht ohne Weiteres bieten lassen mag, erscheint nur zu begründet. Die Königin-Regentin Christine wandte sich an die ihr durch Verwandtschaft und sonst nahestehenden Monarchen, um eine europäische Zwangsmission zu erwirken, da sie sich ungehörig der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des spanischen Volkes seiner Täuschung darüber hingibt, welchen Ausgang ein hispano-amerikanischer Krieg schließlich nehmen würde. Aber die Mächte können sich vor lauter Bedenken nicht zu einer Mediation entschließen, und so scheint die tapfere spanische Nation ihrem Schicksal überlassen bleiben zu sollen. Immerhin würde ein wirklich entbreuender Kampf auch für die Vereinigten Staaten recht viel Bedenken haben.

Die amerikanische Flotte, der man durch allerhand Schiffsanläufe aufzuweisen sucht, ist keineswegs in sehr brillantem Aufstande, und die Landmacht der Union ist alles andere eher als ehrsüchtigebietend. Präsident Mac Kinley verheißt sich das nicht, und so sucht er den überströmenden Chauvinismus der Kriegspartei, in der sich Republikaner und Demokraten die interessierten Hände reichen, nach Kräften zurückzustauen, um, wenn nichts anderes, so doch wenigstens Zeit zur Vervollkommnung der Rüstungen zu gewinnen. Würde in Washington die Stimme der Vernunft gehört, so müßte man es sich doppelt und dreifach überlegen, ehe man die Saiten allzu straff spannt, denn auch die Union müßte unweifelhaft große Verluste zu erleiden haben, ehe sie siegreich aus dem frivolen ihr herausgeschworenen Kriege hervorgeht. Aber wo ist das Volk, wo ist die Regierung, die in solchen Momenten je der Vernunft zum Siege verhalten?

### Der wirtschaftliche Ausblick zur Vorbereitung der Handelsverträge

sticht mit seiner ersten Aufgabe, der Aufnahme einer Produktionsstatistik, auf Schwierigkeiten. Die Industriellen haben vielfach Bedenken, die diesem Zwecke ausgearbeiteten Fragebogen anzufüllen.  
So mag zum Beispiel die „Deutsche Tabakfabrikation“, in der die Ansicht eines großen Theils der deutschen Tabak- und Cigarrenfabrikanten zum Ausdruck gelangt, darauf aufmerksam, daß bei den deutschen Industriellen das Mißtrauen, die Regierung werde solche Feststellung im Interesse des Steuerfiskus verwenden, in Deutschland so allgemein sei, daß es trotz der bestimmten Versicherung der Regierung, es werde dies nicht geschehen, und trotz der Vorkehrungsregeln, jeden Mißbrauch zu verhindern, doch seinen großen Theil der Industriellen bestimmen werde, jede Angabe zu verweigern. Dazu kommt bei dem Tabak die Befürchtung, daß die Erhebungen, wenn auch nicht zur Feststellung in Bezug auf persönliche Steuerverhältnisse, so doch als Material zur Ausarbeitung von Steuerprojekten oder zu Änderungen im Zolltarif, durch deren Einbringung im Reichstag dann wieder die ganze deutsche Tabakindustrie in Aufregung und Unruhe versetzt wird, benutzt werden können. Aus diesem Grunde wird das thatsächliche Ergebnis der Enquete sehr unvollständig sein; man wird sich dann, um der Regierung ein Resultat vorlegen zu können, auf Schätzungen einlassen, und darüber, daß der Werth solcher Schätzung ein sehr problematischer ist, wird wohl kaum ein Zweifel herrschen.

Wenigstens ist sicher die Stimmung auch in anderen Industrien. Namentlich für die Wolllindustrie und die Bierbrauerei liegt der Gedanke nach den jüngsten Reichstagsverhandlungen nicht allzu fern, daß neue Steuerprojekte drohend im Hintergrunde stehen. Auch mag wohl die überwiegend agrarische Zusammenfassung des Ausschusses auf die Bereitwilligkeit der Industriellen, über ihre Produktionsverhältnisse Auskunft zu geben, etwas läghend einwirken.

### Die Kassation des Zola-Prozesses vor der französischen Deputirtenkammer.

Nur kurze Zeit, wie wir vorhergesehen, hat der Waffensstillstand in der Dreifus-Zola-Affäre gedauert. Schon jetzt ist der Streit der Parteien auf der ganzen Linie von neuem entbrannt und es wäre gar nicht so unmöglich, daß er diesmal an Festigkeit noch alles bisher Dagewesene in den Schranken stellen wird. Die Ursache dieses neuen Aufstrebens des erbitterten Kampfes, der so kurz vor den Wahlen dem Ministerium Meline so ungelogen wie nur möglich kommt, ist das gestrige Urtheil des Pariser Kassationshofes im Zola-Prozess. Ueber den Wortlaut dieser Entscheidung meldet uns ein Telegramm unseres Pariser Korrespondenten:

Aus dem jetzt vorliegenden Text der Entscheidung des Kassationshofes verdient der Schlussatz besondere Betonung. Nachdem das Urtheil konstatiert hat, daß der Kriegsminister sich nicht hätte dem Kriegsgericht substituieren dürfen, um die Verfolgung zu verlangen, heißt es wörtlich: „Aus diesen Gründen und, ohne daß es nötig wäre, über die anderen Motive des Kassationsgesuchs zu statuieren, ist das angefochtene Urtheil sowie die Gesamtheit der Debatte und der gerichtlichen Verfolgung von dem ersten Akte der Prozedur ab zu kassiren und zu annulliren. Das Ganze ohne Reue und ohne Verweisung vor ein anderes Geschworenengericht.“ Daraus geht hervor, daß der Kassationshof es nicht erst notwendig gefunden hat, die Rechtsmäßigkeit der Vorgänge während des Prozesses selbst zu prüfen und daß er sich also über die Punkte des Kassationsgesuchs zwar nicht bejahend, aber auch nicht verneinend äußert.

Die Militärpartei schämt denn auch geradezu vor Wuth und setzt Himmel und Hölle in Bewegung. So kam es noch gestern Abend in der französischen Deputirtenkammer zu einer großen Debatte über das Urtheil des Kassationshofes. Unser Pariser Korrespondent berichtet uns darüber in folgenden Privat-Telegrammen:

Paris, 2. April, 4 Uhr 20 Minuten. Vom Anfang der Sitzung an erfolgte in den Couloirs der Kammer große Bewegung, im Sitzungssaale selbst sind augenblicklich zwanzig Deputirte. Die Minister berathen in ihrem Konferenzsaal über die durch die Kassation des Urtheils im Zola-Prozesse geschaffene Situation. Es wird bekannt, daß der Exboulangist Marcel Habert die Frage an die Regierung richten werde, was sie zu thun geneigt, und daß der Exboulangist Julien Dumas die Frage in eine Interpellation verwandeln wolle. In den Abgeordnetenkreisen herrscht ein großer Zorn, der sich auch in den Artikeln der Nachmittagsblätter „Jour“ und „Patrie“ äußert.

Paris, 2. April, 6 Uhr 30 Min.  
Nachdem sich die Kammer drei Stunden lang mit der Kasse der Seidenindustrie beschäftigt und die Reden der gesamten Kasse der Seidenindustrie angehört hatte, künftige um fünf Uhr der Präsident Brisson an, daß zwei Interpellationen, eine von Marcel Habert, die andere von dem Deputirten Chigé über die Kassation des Urtheils im Zola-Prozesse eingegangen seien. In diesem Augenblick sind die Deputirten fast vollständig zur Stelle. Ministerpräsident Meline erklärt, die Interpellationen gleich zu beantworten zu wollen.

Der Exboulangist Marcel Habert bestigt die Tribüne. Er wolle zunächst konstatiren, daß über allen ähnlichen Affären der letzten Jahre eine Fatalität geschwebt habe. Immer sei die Bekräftigung der großen Schuldigen durch Rechtsirrhümer, die sich eingeschlichen, unmöglich gemacht worden, so bei der Panama-Affäre, so bei den Südbahnen, so jetzt. Es gebe für den vorliegenden Fall nur zwei Erklärungen, entweder Mißthun oder Unwissenheit der Regierung. Er wolle an die letztere nicht glauben. Es bleibe also nur die Unwissenheit. Er hoffe, daß die Regierung nicht Rathgeber länger bei sich dulden werde, die sie auf diesem Weg geführt hätten. (Bravo rechts.) Diesmal sei das Vorgehen noch nicht verjährt. Er glaube, daß Niemand es verstehen werde, wenn der Schuldige strafflos ausgehen sollte. (Sehr gut und Beifall rechts und bei den Exboulangisten.) Frankreich wolle Gerechtigkeit. Es brauche das Mittel Niemandes! (Beifall auf vielen Bänken. Marcel Habert spielt hier auf die Rede des Generalprokurators Manau an, der sagte hat, er hoffe, Zola werde, falls das Urtheil kassirt werden sollte, den Kampf einstellen und Mittel mit Frankreich haben.)

Der Redner fordert mit erhobenen Armen und mit nicht minder erhobener Stimme, daß die Regierung diesen Gerichtsbeamten strafen solle, der seine Würde so weit vergesse habe, daß er nicht nur die Anhänger des Mannes, welcher die Arme geschmätzt, als Stolz Frankreichs bezeichnet, sondern daß er auch gesagt habe, Diejenigen, welche die Arme in der Schmutz gezogen haben, nächsten Mittel mit Frankreich haben. (Die Rechte und einige besonders eifrige Parteigänger Erheben sich klatschen Beifall.)

Paris, 2. April 6 Uhr 50 Min.  
Der Deputirte Chigé, ebenfalls ein Exboulangist (die Exboulangisten stehen bei allen patriotischen Anlässen, also auch bei diesem, im Vordergrund) folgt auf Marcel Habert. Niemand im Saale werde das Urtheil des Kassationshofes verstehen. Was man noch weniger verstanden habe, sei die Sprache des Generalprokurators